



Schleichende Eindämmung von Freiheiten

**Ausbau von autoritären Strukturen während der Corona-Krise
in Südasiens Regimen**

August 2020

Von Christina Grein, Raphael Göpel, Christina Keppel, Mirjam Overhoff
und Praphakorn Wongratanawin

Unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie nutzen einige südostasiatische Regierungen den Ausnahmezustand, um Grundrechte weiter einzuschränken und ihren Einfluss und ihre Kontrolle weiter auszubauen. Notverordnungen und Gesetze werden willkürlich angepasst oder angewandt, um politische Gegner*innen, Journalist*innen und Kritiker*innen auszuschalten oder mundtot zu machen.

Seit Anfang 2020 hält die Corona-Pandemie die Welt in Atem. Neben den unmittelbaren Auswirkungen auf Erkrankte und Gesundheitssysteme wurde die Weltwirtschaft drastisch getroffen. Die sozioökonomischen Folgen verdeutlichen und verstärken bereits existierende soziale Ungleichheiten: Corona trifft nicht alle gleich und auch nicht jede*n.

Während auch in demokratischen Staaten nach einer Abwägung unterschiedlicher Rechtsgüter Grundrechte teilweise zugunsten der Gesundheitsfürsorge eingeschränkt wurden, lässt sich in autoritären Staaten beobachten, dass die mit der Pandemie verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens genutzt wurden, um Medien, kritische Stimmen und Oppositionen weiter zu unterdrücken. Dies zeigt sich auch in Südostasien.

Unterschiedliche Reaktionen der Länder Südostasiens

Die elf südostasiatischen Länder reagierten sehr unterschiedlich auf die Corona-Pandemie; einige wie etwa Vietnam ergriffen schnelle Maßnahmen, während andere abwarteten. Mit der regionalen Zuspitzung der Corona-Krise im März 2020 führten mehrere südostasiatische Länder massive Einschränkungen ein, oft generell als *Lockdown* oder *Shutdown* bezeichnet. Mehrere der Staaten riefen Notstandregelungen aus, die autoritäre Muster verfestigten. So wurden auf der einen Seite Sicherheitskräfte um Polizei und Militär gestärkt und auf der anderen Seite demokratische Grundrechte eingeschränkt.

In Südostasien haben seither insbesondere die autoritären Regierungen die Pandemie für sich genutzt, um – die dort ohnehin bereits limitierten – Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft und Presse weiter einzuschränken.

Dies betrifft Menschenrechte im Allgemeinen und die Meinungsfreiheit im Besonderen. In Myanmar, Kambodscha, den Philippinen und Thailand können eklatante Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit beobachtet werden. Obwohl diese elementaren Rechte auch vor der Pandemie schon Einschränkungen durch repressive Gesetze unterlagen, sind die gegenwärtigen Entwicklungen besorgniserregend, vor allem da sie in einer Art schleichendem Prozess Grundrechte immer weiter aushebeln.

Weitere Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit

Meinungsäußerungen zur Virusthematik in sozialen Medien, sei es Kritik, Einschätzungen zum Virus, des Gesundheitssystems oder des nationalen Krisenmanagements, wurden schnell und drastisch unterbunden. Betroffene Personen wurden rasch identifiziert, aufgesucht und befragt beziehungsweise unter Druck gesetzt, einige davon darauf inhaftiert und verurteilt. Tweets oder Posts wurden gelöscht oder verändert, und z.B. öffentliche Entschuldigungen der Personen eingefordert. Daneben wurde der nationale Notstand vorgeschoben, um kritische Stimmen, die vermeintlich für Unruhe sorgten, zum Schweigen zu bringen.

Betroffen waren und sind gleichermaßen Bürger*innen, kritische Stimmen der Zivilgesellschaft, z.B. aus NGOs, Journalist*innen, aber auch Informant*innen sowie Personen der politischen Opposition. In Südostasien zeigten sich diese Tendenzen vor allem in Myanmar, Kambodscha, Thailand und den Philippinen. Besonders in letzteren spitzte sich die ohnehin schon kritische Menschenrechtslage dramatisch zu.

Philippinen: Duterte zementiert seine Macht

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte stellte ab Mitte März 2020 Metro Manila und die ganze Region Luzons unter einen *Lockdown*, viele philippinische Regionen folgten diesem Beispiel. Der derzeitige Stand der COVID-19 Infektionsfälle liegt bei 139.538 mit insgesamt 2.312 Todesfällen (12. August 2020). Mit dem *Lockdown* hat sich die Lebenssituation vieler Menschen verschärft, unter der besonders die ärmere Bevölkerung leidet. So stand bereits im März die Befürchtung im Raum, dass die Corona-Pandemie in den Philippinen zur Verschärfung der Krise der Grund- und Menschenrechte führen könnte.

Die Corona-Pandemie wurde zu einem beschleunigenden Element der Einschränkungen der Räume für die Zivilgesellschaft, und damit auch für die freie – kritische – Presse. So erließ die philippinische Regierung am 25. März 2020 das pandemiebedingte Notstandsgesetz *Bayanihan To Heal as One Act*, das die Verbreitung von angeblichen Falschmeldungen im Kontext von Corona strafbar macht und mit einem Strafmaß von bis zu zwei Jahren Haft versah. In der Folge wurden, wie von Rechtsexpert*innen befürchtet, Verfasser*innen regierungskritischer Social-Media-Beiträge, darunter Student*innen und Künstler*innen unter Berufung auf das Notstandsgesetz verhaftet. Die Meinungs- und Pressefreiheit wird jedoch nicht erst seit der Pandemie systematisch eingeschränkt.

Die Philippinen rutschten im [World Press Freedom Index 2020](#) im Vergleich zum Vorjahr von Platz 134 auf Platz 136 von insgesamt 180 bewerteten Ländern. Diese Beurteilung erfolgte noch bevor bekannt wurde, dass *ABS-CBN*, dem größten Medienunternehmen des Landes, [die Lizenz durch Nicht-Verlängerung entgegen vorheriger Ankündigungen entzogen](#) wurde und noch vor der Verurteilung von Maria Ressa (Mitgründerin, CEO und Chefredakteurin des regierungskritischen Nachrichtenportals *Rappler*) und ih-



rem ehemaligen Mitarbeiter Reynaldo Santos Jr. wegen Online-Verleumdung. Hier handelt es sich um den beispiellosen Versuch, an der weltweit bekanntesten Kritikerin von Präsident Duterte ein Exempel zu statuieren, um Medienschaffende in den Philippinen einzuschüchtern.

Bereits Anfang des Jahres hatte der Sender ABS-CBN mit fabrizierten Anklagen zu einem vermeintlich unlauteren Geschäftsmodell zu kämpfen. Seither wurden sowohl die Verhandlung der Anklagen als auch die Verlängerung der Sendelizenz verschleppt. Anfang Juli fiel im philippinischen Kongress endgültig die Entscheidung, die Lizenz des Senders zu entziehen, ungeachtet der COVID-19-Pandemie, während derer sachliche und kritische Berichterstattung für die Bevölkerung von essenzieller Bedeutung ist.

Ebenso birgt das am 3. Juli verabschiedete Anti-Terror-Gesetz ein hohes Risiko der Instrumentalisierung. Rechtsexpert*innen fürchten, dass der "terrorist tag" durch das neue Gesetz zur Normalität im Umgang mit Regierungskritiker*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, auch aus dem internationalen Spektrum, werden könnte. Die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen Michelle Bachelet griff das umstrittene Gesetz in ihrem Statement am 30. Juni vor dem UN-Menschenrechtsrat als weitere signifikante Verschlechterung der desolaten Lage der

Menschenrechte in den Philippinen auf, da die Unterscheidungen zwischen „Kritik, Kriminalität und Terrorismus“ verschwimmen würden.

Akteur*innen der Zivilgesellschaft kritisieren, dass in dem neuen philippinischen Gesetz die klare Definition fehle, dass Terror ein Akt sei, der „Zwang, Gewalt oder den Tod“ beinhalte, wie etwa in der Definition von Terror der Vereinten Nationen festgehalten. So können nun laut Gesetz alle Handlungen, die „die Regierung durch Einschüchterung provozieren“ oder „eine Atmosphäre der Angst oder angstmachende Nachrichten“ als terroristische Akte bestraft werden, ohne dass dies genauer definiert wäre. Kritiker*innen der Regierung, darunter Investigativjournalist*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, erleben so eine erhöhte Eskalationsstufe der Kriminalisierung, der Einschüchterung und der Bedrohung, die mit demokratischen Grundsätzen und effektiver Pandemiebekämpfung unvereinbar sind.

Kambodscha: Notstandsgesetz stärkt Hun Sens Regierung

Laut Behörden scheint der Virus in Kambodscha seit Ausbruch bis heute kontrolliert, die offiziellen COVID-19-Erkrankungen am 12. August 2020 bei 268 Personen. Nichtsdestotrotz verabschiedete

Lockdown in Quezon City (Philippinen), manche Viertel können nur unter Kontrolle betreten oder verlassen werden (Foto: Ramona Bliss Gayo).

Kambodscha im April 2020 ein Notstandsgesetz (*Law on Governing the Country in a State of Emergency*). Dieses erweitert die Befugnisse der Regierung um Premierminister Hun Sen weitreichend. Es kann bei Gesundheitskrisen, aber auch bei allen anderen Bedrohungen der nationalen Sicherheit angewandt werden, so auch zukünftig nach der Corona-Pandemie.

Das Gesetz enthält Bestimmungen, die es den Behörden erlauben, alle Medien und sozialen Medien zu zensieren, alle Telefongespräche zu überwachen, und zudem die Möglichkeit, weitere Gesetze zu erlassen. Die Anwendung des Gesetzes droht so auch über die Pandemie hinaus und ist ein weiterer Schritt des langjährigen Machthabers, seine Macht zu zementieren; ein „Rezept für Diktatur“ meint die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*. Das Notstandsgesetz berge „Risiken, das Recht auf Privatsphäre zu verletzen, die Meinungsfreiheit zum Schweigen zu bringen und friedliche Versammlungen zu kriminalisieren“, so ergänzend die Einschätzung von Rhona Smith, die UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte in Kambodscha.

Laut Behörden wurden über vierzig Personen im Zusammenhang von „gefälschten Nachrichten“ mit dem Coronavirus verhaftet. Viele davon hatten sich online, d.h. vor allem über Facebook, zu Corona geäußert. Ihnen wurden angebliche Falschmeldungen vorgeworfen. Besonders ins Auge fällt dabei, dass 12 dieser Personen der 2017 verbotenen Oppositionspartei *Cambodia National Rescue Party* angehörten. Die Schreibenden hatten an den Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Infektionen gezweifelt. Wohl eher kein Zufall. Am Sam Ath, ein Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation LICADHO äußerte sich im März gegenüber *Radio Free Asia* dahingehend, dass einige der Verhaftungen wahrscheinlich politisch motiviert seien. Premierminister Hun Sen drohte ihm daraufhin persönlich. Wegen jener mutmaßlichen Einschüchterungen wandten sich UN-Vertreter*innen im Juli in einem öffentlichen Brief an die Regierung. Der traurige Höhepunkt der eifrigen Meinungswärter*innen der Regierung: Ein 14-jähriges Mädchen hatte eine Sprachnachricht über Corona mit ihrer Schulklasse geteilt, die danach in den sozialen Medien umherging. Sie wurde daraufhin von der Polizei aufgesucht, vernommen und musste sich danach öffentlich vor ihren Mitschüler*innen und Lehrkräften entschuldigen. Die Beamt*innen filmten dies und luden den Beitrag als Warnung für andere auf Facebook hoch. Vierzehn der Verhafteten sind weiter in Untersuchungshaft.

Auch die Medien waren von den Maßnahmen betroffen. Der Journalist Sovann Rithy wurde am 7. April, nachdem er aus einer Rede von Premier Hun Sen zitiert hatte, verhaftet. In dieser Pressekonferenz hatte Hun Sen in Verdienstschwierigkeiten steckenden Motorradtaxifahrer*innen geraten, ihre Fahrzeuge zu verkaufen, um Geld zu verdienen, da die kambodschanische Regierung ihnen nicht helfen könne. Das Zitat wurde akkurat wiedergeben und wird nicht von der Anklage bestritten, dem Journalisten wird aber „Anstiftung zu Chaos und sozialer Unruhe“ vorgeworfen. Der Premier habe gescherzt, so die Behörden. Rithy ist Gründer und Leiter der Nachrichtenseite TVFB, der daraufhin die Medienlizenz entzogen wurde.

Damit wurden im Zuge der Corona-Krise insgesamt drei Journalisten festgenommen. Ihnen drohen bis zu zwei Jahre Haft. Zwei Medienorganisationen verloren ihre Lizenz, eine weitere wird geprüft. Im Mai 2020 richteten sich 132 Organisationen der kambodschanischen Zivilgesellschaft gemeinsam an die Regierung. Sie forderten die Freilassung inhaftierter Journalist*innen und ein Ende des *media crackdown*. Seit Jahresbeginn wurden mindestens ein Dutzend Journalist*innen aufgrund ihrer Berichterstattung von Behörden vorgeladen und befragt, berichtet die Menschenrechtsorganisation LICADHO. Seit Jahren werden in Kambodscha kritisch berichtende Journalist*innen immer wieder verhaftet, inhaftiert und gerichtlich schikaniert.

Thailand: Notstandserlass und Anwendung repressiver Gesetze

Mit der Verhängung einer drastischen Notstandsverordnung am 26. März 2020 reagierte die thailändische Regierung vielmehr auf eine wachsende Opposition und Regierungskritik als auf die Gesundheitssituation. Der für den Ausnahmezustand notwendige Erlass wurde bisher viermal verlängert (derzeit bis 31. August 2020). Er stärkt die Position des ehemaligen Juntachefs und jetzigen Premiers Prayuth Chan-ocha und verleiht ihm weitreichende Befugnisse. Die Verlängerungen des Dekrets werden aufgrund der geringen Infektions- und Todeszahlen (offiziell 3.356 Infizierte und 58 Tote am 12. August 2020) – sowie keinen Neuinfektionen seit über einem Monat innerhalb des Landes – aus zivilgesellschaftlicher Sicht kritisch gesehen.

Durch das Dekret können etwa Veranstaltungs-orte von Beamt*innen be- und durchsucht, Reisen beziehungsweise Bewegungen kontrolliert, Ausgangssperren verhängt und öffentliche Versammlungen eingeschränkt werden. Durch den vage formulierten Erlass können Personen, die in sozialen Medien oder (Online)-Publikationen angeblich Falschmeldungen über COVID-19 verbreiten, haftbar gemacht werden. Wer durch Informationen „Angst in der Bevölkerung schürt“, kann mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Ergänzend können Beamt*innen Informationen, die sie für falsch oder verzerrt halten, zensieren, d.h. löschen oder ändern. Das betrifft auch Texte von Journalist*innen.

Neben dem Erlass werden weiterhin bestehende repressive Gesetze genutzt, um gegen kritische Stimmen vorzugehen. Hierzu kann sich der Staat aus einer Vielzahl an Möglichkeiten bedienen, etwa an dem Gesetz zu Internetkriminalität oder dem Majestätsbeleidigungsgesetz und diese an die angeklagte Person und das Vergehen anpassen.

Durch die Notverordnung wird die Bevölkerung nun noch schärfer kontrolliert. Laut Behörden wurden über 50.000 Personen seither wegen Verstößen gegen das Dekret angeklagt. Zu den Vorwürfen zählen vor allem Verstöße gegen nächtliche Ausgangssperren, aber auch das unerlaubte Verteilen von Lebensmitteln an Bedürftige durch freiwillige Helfer*innen. Bestraft wurden auch Personen, die angeblich Falschmeldungen verbreiteten. Dazu gehören etwa Beiträge von Personen, die fälschlicherweise aussagten, dass Knoblauch oder Kräuter COVID-19 heilen könnten. Bemerkenswert ist, dass hauptsächlich Normalbürger*innen und ausländische Arbeiter*innen willkürlich verhaftet und angeklagt werden. Gegen höhere Staatsbedienstete wurde bei inhaltlich ähnlichen Verstößen nicht vorgegangen, und dies damit begründet, dass „keine Absicht vorlag“.

Durch die Medien ging der Fall des Straßenkünstlers Danai Ussama, der nach seinem Rückflug aus Barcelona einen Post absetzte, in dem er sich über das Fehlen von Corona-Screenings auf dem Bangkoker Flughafen Suvarnabhumi wunderte. Kurz darauf wurde er verhaftet. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft. Neben den willkürlichen Anklagen gegen harmlose Aktionen oder Beiträge wurde während der Pandemie auch rigoros gegen Regierungskritiker*innen und Aktivist*innen vorgegangen. So wurden z.B. sechs Demonstrant*innen verhaftet, die eine Aufklärung der Entführung des am 4. Juni in

Kambodscha verschwundenen thailändischen Dissidenten Wanchalearm Satsaksit forderten.

Es gab weiter Mahnungen von Seiten der Behörden an die Bevölkerung, sich generell nicht zu Corona zu äußern: So drohten Beamt*innen medizinischem Personal, deren Arbeitsverträge aufzulösen, falls sie sich über Angelegenheiten im Krankenhaus beschwerten oder sich über Regierungsmaßnahmen negativ äußerten. Einem Arzt, der die Kontrollmaßnahmen von aus Südkorea heimkehrenden Arbeiter*innen, die dort ohne Arbeitserlaubnis tätig waren, kritisierte, droht nun der Entzug seiner Approbation.

Kritisch sehen zivilgesellschaftliche Stimmen auch eine neue App namens *Thai Chana* (Thai gewinnt), die im Zuge von Lockerungen des Lockdowns von der Regierung und dem Centre for COVID-19 Situation Administration (CCSA) eingeführt wurde. Diese soll, ähnlich wie in anderen Ländern, Infektionen zurückverfolgen können und die Verbreitung von COVID-19 weiter eindämmen. Laut Behörden sollen die erfassten Informationen dabei ausschließlich zu Zwecken der Krankheitsbekämpfung verwendet werden. Dass ein geplantes Datenschutzgesetz auf nächstes Jahr verschoben wurde, halten Kritiker*innen für keinen Zufall: Sie befürchten, dass die Daten nicht nur zur Nachverfolgung von Infektionsketten, sondern auch als Mittel zur Verfolgung regierungskritischer Bürger*innen missbraucht werden könnte.

Myanmar: Staatliches Monopol auf Corona- Informationsmanagement

Myanmar bestätigte als eines der letzten Länder in Asien Fälle des Coronavirus. Doch laut offiziellen Zahlen gilt die Pandemie inzwischen als unter Kontrolle, die Zahl an Infektionsfällen liegt bei 360 Personen und bei sechs Toten (Stand: 12. August 2020) landesweit. Da die Testkapazitäten jedoch nur sehr begrenzt sind, könnte die Dunkelziffer weitaus höher liegen.

Seit einigen Jahren steht die Meinungsfreiheit in dem Land unter keinem guten Stern: Unter der Regierung von Aung San Suu Kyi haben die Repressionen gegenüber Journalist*innen und Aktivist*innen eindeutig zugenommen, statiert *Human Rights Watch*. Im Zuge des „Corona-Krisenmanagements“ wurden Presse und soziale Medien noch stärker durchleuchtet und zensiert. Trotz allmählicher Lockerung von Pan-

Einkaufen während
des Lockdowns
in Quezon City
(Philippinen)
(Foto: Ramona
Bliss Gayo).



demie-Eindämmungsmaßnahmen hält die Regierung an diesem restriktiven Kurs fest. Laut Medienrechtsorganisationen instrumentalisiert die Regierung Myanmars die Krise, um unabhängige und kritische Berichterstattung beziehungsweise Kommentare zu verhindern.

Zwischen März und Mai 2020 wurden auf Geheiß der Regierung 230 Webseiten gesperrt. Darunter befanden sich vor allem unabhängige Webseiten und ethnische Nachrichtenagenturen wie *Development Media Group*, *Karen News* oder *Narinjara News*.

Die Blockade der Webseiten wurde von staatlicher Seite damit legitimiert, dass so angebliche Falschmeldungen über die Coronavirus-Pandemie verhindert werden sollen. Ferner sind seit über einem Jahr Teile des Rakhine- und Chin-Staates, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, vom mobilen Internet abgeschnitten. Angeblich um die Bevölkerung und das Militär vor Propaganda zu schützen. Zeitgleich werden dort unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch staatliche Sicherheitskräfte begangen, so die kürzlich ausgeschiedene UN-Sonderberichterstatterin für Myanmar, Yanghee Lee.

Zur Repression von Presse- und Meinungsfreiheit wird auf den sehr umstrittenen Artikel 77 des Telekommunikationsgesetzes zurückgegriffen. Dieser berechtigt das Ministerium für Transport und Kommunikation zeitweise Telekommunikationsdienstleistungen auszusetzen oder zu beschränken und Informationen beziehungsweise Daten zu sammeln. Diese

Klausel entzieht sich jeglichen internationalen Menschenrechtsstandards, ohne Vorkehrungen für demokratische Kontrolle und Transparenz.

Daneben werden auf der Basis des *Official Secrets Act* und des Strafgesetzbuches Journalist*innen mundtot gemacht. So wurde Zaw Ye Htet, Redakteur der Online-Nachrichtenagentur *Dae Pyaw*, zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Er hatte über die Ausbreitung des Coronavirus im Kayin-Staat berichtet und dabei offizielle Statistiken angezweifelt. Die Sperrung des Internets, blockierte Webseiten und die Verhaftung von Journalist*innen verdeutlichen die Gefahr für die freie Medienlandschaft und das Recht auf Information, nicht nur, aber vor allem in Zeiten der Corona-Pandemie. Eine Vielzahl an Menschenrechts- und Medienrechtsorganisation wie *Free Expression Myanmar* und auch *Burma News International* warnen, dass die Regierung und das Militär die Beschneidung des freien Informationszugangs zur Kontrolle der im November anstehenden Parlamentswahlen missbrauchen könnte.

Wie autoritäre Staaten die Krise zum Ausbau ihrer Macht ausnutzen

Neben den aufgeführten vier Staaten gab es auch in den anderen Ländern Südasiens drastische Eindämmungsstrategien, die persönliche und gesellschaftliche Freiheiten beschnitten. So wurden etwa auch in den autoritär-regierten Staaten Vietnam und Singapur insbesondere angebliche Falschmeldungen angegangen. Hunderte Facebook-User*innen wurden in Viet-

nam aufgrund ihrer Posts auf Polizeistationen befragt. Auch in Malaysia wurde gegen kritische Stimmen vorgegangen. Aufgrund von Äußerungen in den sozialen Medien waren nicht nur Bürger*innen, sondern auch Oppositionelle, Aktivist*innen und Journalist*innen betroffen. Dabei wurde aus Sicht der Zivilgesellschaft auf umstrittene Gesetze zurückgegriffen (*Penal Code, Communications and Multimedia Act, Seditious Act Printing Presses and Publication Act*), die schon zuvor zur Repression der Meinungsfreiheit instrumentalisiert wurden.

Die vier Länderbeispiele zeigen gemeinsame Tendenzen und Muster bezüglich staatlicher Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie auf. Zeitgleich mit der Einführung einschränkender Maßnahmen zur Eindämmung des Virus wurden das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Informations- und Versammlungsfreiheit weiter beschnitten. Es wurden sowohl bereits bestehende als auch neue, auf die Pandemie zugeschnittene Notstandsdekrete verhältnismäßig lange eingesetzt. Es besteht die Gefahr, dass diese weiterhin – auch auf andere Situationen angepasst – angewandt werden. Die Notstandsdekrete stärken einerseits die jeweiligen Regierungen sowie deren Oberhäupter, andererseits schwächen sie die Parlamente und damit auch (demokratische) Kontrollinstanzen. Auch die Rolle der Behörden und Sicherheitskräfte wurden in diesem Zuge gestärkt.

Daneben greifen die Staaten auf bestehende repressive Gesetze zurück oder nutzen den Interpretationsspielraum vager Formulierungen. Dies geschieht häufig mit Verweis auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung im Interesse aller Bürger*innen. Beispielsweise wurden Versammlungen mehrfach als Verstöße gegen Auflagen des Ausnahmezustandes sanktioniert und Demonstrationen verboten. Im Besonderen ist jedoch ein verschärftes Vorgehen gegen „Falschmeldungen“ zu statieren. Kritik an Regierungsmaßnahmen zu Corona wird in vielen Fällen als angebliche Falschmeldung verurteilt und sanktioniert. Alternative Perspektiven beziehungsweise nichtstaatliche Informationen sowie Kommentare können willkürlich als Falschmeldungen deklariert und mit Anklagen, Verhören und Inhaftierung geahndet werden. Seit Beginn der Pandemie wurde die Überwachung des Internets in den Staaten massiv hochgeschraubt. Wer sich nicht regierungskonform verhält, muss mit Repression rechnen.

Das Angehen gegen kritische Meinungsäußerungen wird ergänzt durch ein striktes Vor-

gehen gegen die Medien und Journalist*innen allgemein. Die Pressefreiheit ist in allen vier Ländern bereits seit Jahren unter Beschuss: In der Rangliste der Pressefreiheit 2020 von Reporter ohne Grenzen belegen sie nach wie vor die hinteren Plätze: Philippinen (136), Myanmar (139) Thailand (140), Kambodscha (144 von 180 Ländern). Mit der Corona-Pandemie etabliert sich hier ein weiteres Instrumentarium, um Medienvertreter*innen mundtot zu machen.

Die Autor*innen

Christina Grein leitet die Burma Initiative der Stiftung Asienhaus.

Raphael Göpel arbeitet zu Kambodscha, Indonesien und Thailand für die Stiftung Asienhaus.

Christina Keppel ist Projektkoordinatorin des Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen.

Mirjam Overhoff ist Geschäftsführerin beim philippinenbüro e. V.

Praphakorn Wongratanawin ist Koordinatorin des Network of Thai Workers in Europe. Sie engagiert sich zudem im Arbeitskreis Thailand der Stiftung Asienhaus.

Mitarbeit: Annika Lenßen und Majid Lenz.

Das philippinenbüro e. V.

Das philippinenbüro ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen in den Philippinen, vermittelt das Büro Kontakte in die Philippinen.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

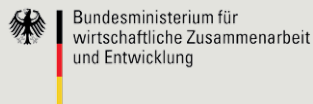
Mirjam Overhoff
philippinenbüro e.V.
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
Tel.: +49-221-716121-21
philippinenbuero@asienhaus.de
www.philippinenbuero.de

Gesamtausstattung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot für die Welt mit Mitteln des
Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das philippinenbüro und Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.